

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonntags.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 50,-  
eingetragen in die Post-  
zeitungszettel Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlung- und  
Buchhändler-Anzeigen die  
gepachtete Zeit-Blätter  
5,00,-  
Gehörungsanzeiger werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postleitzahl: Nr. 858-15. Poststempel Hannover.

Verlag von A. Wren,  
Druck von C. & H. Meissner & So., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Gustav Niemann, Hannover.  
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Kädelstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Aufzählnr. Nord 3002.

### Der kommunistische Reichsbetriebs- rätekongress.

Die kommunistische Partei beruft nach Kräften, die gegenwärtige wirtschaftliche Not der Massen für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen. Alle blöckte parteidemagogischer Stregie lässt sie spielen, um die aus Not und Teuerung geborene Verwirrungsumstimmung der Arbeiterschaft ihren Bestrebungen dienstbar zu machen. Kein Mittel lässt sie unterschätzen, keine Verleumdung schmeiße, um das Vertrauen der Massen zu den Gewerkschaften und ihren Spitzenorganisationen zu untergraben. In "revolutionären" Aufrufen schleudert der Kellmapparat der deutschen Sektion der Moskauer Internationale die neue soziale Parole in die Welt hinaus. Aufmarschau, die Erregung der Massen über den Warentücher, über die ungeheurelichen Preisssteigerungen durch ein gewissenloses Händler- und Schieberium bewirkend, fordert sie die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte, die Wahl von Kontrollausschüssen zur Regulierung der Preise, zur Verteilung und Beschaffung aller Lebensmittel und so weiter, Überwachung der Eisenbahngüter und die Schaffung einer zentralen Kontrollinstanz durch den einzubildenden Reichsbetriebsrätekongress. Durch eine parteikommunistische Berliner Betriebsräteversammlung und eine Reihe ähnlicher Veranstaltungen im Reiche lief die Propagandabteilung der kommunistischen Partei ihrem neuesten Paroleerzeugnis die offizielle Weihe geben. Damit einer vorzüglichen Wege füllten sich daraufhin die Spalten der kommunistischen Presse mit fast gleichlautenden zusammenden Entschließungen und Resolutions. Selbstverständlich fehlte keiner Kundgebung, der für einen Parteikommunisten selbstverständliche Glaubenssätze vom "Arbeiter-  
krieg" der Gewerkschaftsführer.

Die kommunistische Presse gibt auch Anleitungen, wie die örtlichen Kontrollausschüsse arbeiten sollen. Als Musterbeispiel wird das Vorgehen der kommunistischen Hamboerger Betriebsräte angeführt. Diese zwangen die Hamboerger Kaufleute, die vorhandenen Waren um 40 Prozent im Preis herabzusetzen. Die Warenbereitung erfolgte durch einen Kontrollausschuss. Die verfeindeten Händler, die vielleicht Schieber und Beauftragten, gingen auf alle gefestigten Bedingungen ein. Nach Abschaltung der vorhandenen Ressourcen war Hamboer vollständig von Waren entblößt. Aus leicht erklären Grundlagen folgten es die Händler ab, neue Waren zu beschaffen. Da der Kontrollausschuss nicht imstande war, die Warebeschaffung selbst zu übernehmen, litten Teile der Bevölkerung große Not an Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsgegenständen.

Auch soll das Hamboerger Musterbeispiel von anderen örtlichen Kontrollausschüssen wiederholt und durch Schaffung einer neuen Reichskontrolle auf das Wirtschaftsleben des ganzen Reiches angewandt werden. Hier können die Folgen keine anderen sein wie in Hamboer. Eine solche Wirtschaftskontrolle würde keinen anderen anderen Erfolg haben, als eine Herrschaft herbeizuführen. Bei dem vorhandenen allgemeinen Mangel an Lebensmitteln, Kleidern und allen anderen Wirtschaftsgütern, bei den wirtschaftlichen Verpflichtungen und unserer Abhängigkeit gegenüber dem Auslande wäre der Zusammenbruch unserer Wirtschaft die unauflösliche Folge. Und hinter dem wirtschaftlichen Chaos steht das Gespenst des blutigen Bürgerkrieges und der furchterfüllten Hungersnot, die alle die Schrecken, welche die Verdösterung des agrarischen Rückland unter der kommunistischen Herrschaft erlebt hat und zum Teil noch erlebt, weit überbietet würde. Bedenken wir: Nur ein schmaler Grat trennt uns von dem furchterfüllten Abgrund.

Die kommunistischen Erfinder und Verkünder der neuen Parteipolitik wissen ganz genau, daß das von ihnen der Massen vorgezeichnete Ziel, die Bekämpfung der Not, auf diesem Wege nicht erreicht werden kann. Sie wissen ganz genau, daß das willkürliche Eingreifen örtlicher oder auch zentraler Kontrollausschüsse eine Desorganisation des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates herbeiführen müßt. Sollten sie es nicht wissen, dann beweisen wir sie auf die Geschichte Sowjetrußlands, wo die kommunistischen Halsgötter bald erkannten müßten, daß "revolutionäre" Kontrollausschüsse zwar ein brauchbares Mittel sind, die Wirtschaft zu zerstören, aber das größte Hindernis, sie anzubauen. Sie breiteten sich deshalb bald von der Kontrolle der Kontrollausschüsse mit den Nachbegünstigten, wie sie die kommunistischen Parteipolitik verlangt, notwendig wären, dann ist es die gegenwärtige einzige Voraussetzung. In Russland wurde die Hungersnot zur Bekämpfung des Elends wird in der ganzen Welt der Kriegsgeist geschwärzt. Am Förm ist durch eine auch in der kommunistischen Presse verbreitete Statistik zu unserem Staunen, daß viele Millionen Tonnen Getreide aus dem hungernden Russland nach dem Auslande exportiert werden sollen. Ware hier nicht Arbeit für "revolutionäre" Kontrollausschüsse zur Verteilung der Lebensmittel? Ist in dem kommunistischen Sowjetrußland nicht auch Arbeit für Kontrollausschüsse zur Bekämpfung der Schlemmereien?

Wir sind der unaufgeklärten Ansicht, wenn wir folgende Schlußfolgerung aus dem Petersburg der Gegenwart in der "Freiheit" vom 20. September d. J. lesen:

"Private Spekulantendörfer gibt es in einem halben Dutzend Städten in der Stadt. Und im Hotel d'Europe kommt sich jetzt wie 1917 die Spekulationen dieser Spekulanten jeden Tag. Es kommt kein

Zweifel darüber, daß die Gewinnchancen für diese Herren niemals größer waren als gerade jetzt. Wer wie genommen ist getrennt. Der Champagner ist teuer in Betrieb und die Spielfäule noch teurer. In der Karawanskasse steht leider bei Nacht ein Palast, "Splendid", wo Hunderte von Kunden verloren haben, was sie verdient haben. Der Luxus in diesem Spiel trug aber Beschränkung. Ein Anzug, groß wie ein Zimmer, kostet einen Mindestpreis von 7 auf 8,-. G. genügt nicht. Namhafte Großbetriebe konnten Mitte August ihre jährlichen Löhne nicht auszahlen, weil es an Zahlungsmitteln fehlt. Die fortwährende Gehaltserhöhung zwingt zu immer erneuten Lohn- und Gehaltserhöhungen, sowie Preiserhöhungen, und der im Geschäftsbetrieb sich einbürgende Modus der Verlust- und Verzehrung macht größere flüssige Geldbestände erforderlich. Auch das steigt bedarf größer Mengen an Geld, um seinen Verpflichtungen als Reparationszahlungen und als Arbeitgeber von Beamten, Arbeitern und Angestellten zu genügen. Es behilft sich mit dem Druck neuer Geldnoten. In der Woche vom 8. bis 15. Juli hat die Reichsbank für 6,3 Milliarden Mark neue Zahlungsmittel herausgegeben, um den gestiegenen Bedarf an Bargeld und Scheinen zu befriedigen. Angefischt des neuen Marksturzes, der naturgemäß neue Preiserhöhungen, Lohnbewegungen und neuen Geldmangel nach sich zieht, erhebt sich immer riesenhafte und unantastbar die Frage: Was kann geschehen, um unsere Währung nicht noch wertloser werden zu lassen, sondern ihren Schutz aufzuhalten?"

**Der wöchentliche Beitrag wird einheitlich als Verbandsbeitrag erhoben und richtet sich in leipziger Höhe nach dem Tariflohn. Grundsatzz ist die Leistung eines Stundenlohnes.**

Stolzen Herren und Damen aus der neuen Gesellschaft sind überall damit gewohnt direktorierend am die Tische herum und spielen. Der kleinste Einsatz ist 20 Millionen, bezahlt durch eine kleine neue Warte mit 20,-. Die Millionen-Bündel (bestehend aus 10 Millionen-Millionen) bringen ungeteilt zwischen den Spielern hin und her. Schenkt sich auf und gleichzeitig sich zu dort und berichten oder gewinnen ganze Vermögen in jedem Spiel, während hundert Millionen Menschen droben in dem großen Lande des Königs nicht verloren müssen. Ein Beispiel an der einen Seite des Soales ist bestellt mit den ausgezeichneten Zedernbäumen: Samar, Aszur, Beinbraden, Champagner".

Angesichts der hier geschilderten Zustände raten wir den Kommunisten für die Durchführung ihrer neuen Parole im kommunistischen Rußland-Sorge zu tragen, falls sie von ihrer Wirklichkeit überzeugt sind. Daran zweifeln wir aber.

Die Kontrollausschüsse und all das andere, was den Massen als Heilmittel aller Leiden durch den kommunistischen Propagandaapparat so gerühmt wird, sollen nicht Mittel sein zur Linderung der Not, sondern zur Erreichung parteipolitischer Ziele. Sie (die kommunistische Partei) bemüht sich, die eigene Krise auszunützen, um auf dem Wege zur Katediktatur und zum Sozialismus die nächsten Stufen zu erklimmen zu erwerben." So lautet der jüngst geplante Anspruch des deutschen Reichstags der Moskauer Internationale. Das Spiel ist klar. Der Kampf, der jetzt von den kommunistischen Gewerkschaften des Reichsbetriebsrätekongresses gespielt wird, in der Beginn einer neuen "Aktion" gegen die Gewerkschaften, das Spiel zum Antritt um die Rückkehr zur Durchführung des Sozialismus nach Moskauer Muster. Die Kontrollausschüsse sollen die Zellen sein, aus denen sich das

als Werkzeug zur Durchführung der neuen Aktion sollen die Betriebsräte benutzt werden. Wir erwarten bestimmt, daß die Betriebsräte unseres Verbandes sich hierzu nicht misstrauen lassen. Wir warnen sie, den Forderungen der kommunistischen Parteizentrale und des kommunistischen Kontrollausschusses Gehör zu schenken. Wir erinnern sie an das Elend, das die kommunistische Aktion über die Arbeiterschaft Mittlerdeutschlands und anderweitig gebracht hat, wo — wie auf den Lemnauern — durch ihre Schafe die gewerkschaftliche Organisation der Zerstörung nothgedrängt worden ist. Wir erinnern sie daran, wie durch die wilde Habe der kommunistischen Parteipresse das Vertrauen der Massen zu den gewerkschaftlichen Organisationen wesentlich untergraben wird. Wir erinnern sie daran, daß gerade die kommunistische Partei es ist, die alle auf wilde Einigung der Arbeiterschaft hinzielenden Verschwörungen zu verhindern sucht. Ihre wilde Habe fördert die Zersetzung und lädt die Kraft der Arbeiterschaft zur systematischen Bekämpfung der Gewerkschaft.

Der Verband lehnt jede Gemeinschaft mit den Gewerkschaften des kommunistischen Reichsbetriebsrätekongresses ab. Für keine Mitglieder kommen nur die Konferenzen und Paragisse in Betracht, die von den auf Grund des Verbandsstatuts gewählten Fakultäten einberufen werden. Sede Förderung dieser parteikommunistischen Versammlung bedeutet eine Schädigung des Verbandes und der Gewerkschaften.

### Zur Teuerungsfrage.

II.

Die Einschränkung der entbehrlichen Einkaufsposten der deutschen Wirtschaft wäre bereits hinreichend, um weitere hohe Handelsbilanz in eine aktive zu verwandeln, und ein schwerer Kampf gegen Arroganz, Vergangenheit und Schlemmerei würde dazu beitragen, den Verbrauch mit der heimischen Produktion in Einklang zu bringen. Aber der Sturz der deutschen Mark ist nur zum geringsten Teil durch das Wirtschaftsabkommen zwischen Ein- und Ausfuhr bestimmt. Die Hauptursachen liegen in den ungebildeten Nebenangeboten von Papiermark und dessen Verfälschung durch Spekulation und Warenhandelskrieg. Die schwedende Schuld des Reiches beträgt zur Zeit 316,2 Milliarden Mark, wobei die Reichsbank 293,6 Milliarden Mark übernommen hat. Am 23. August d. J. befanden sich 224,5 Milliarden Mark Reichspapiermarknoten in dem Reich. Von 23. Juni bis 23. August d. J. nahm die zunehmende Reichsschuld um 25,6 Milliarden Mark zu. Die Höhe

des Wissens zwei Möglichkeiten dazu: die eine liegt auf dem Wege einer ausländischen, die andere auf dem einer inländischen Goldanleihe.

Zur Verwirklichung der ersten gehört

rein das Vertrauen des Auslandes, das uns ja stehen, wie der Monat beweist, ein so deutliches Rückenabkommen erzielt hat.

Aber gerade dieses Rückenabkommen hat auch seine zwei Seiten:

es richtet sich ebenso sehr gegen die Deutschland verfügende Entente-

politik wie gegen deren Opfer, und bestärkt die allgemeine Er-

kenntnis, daß diese Politik zum höheren Nutzen nicht nur Deutsch-

lands, sondern ganz Europas führen muß. Ob diese Erkenntnis

recht genug kommt und ob sie wirklich genug ist, eine Aenderung

deren aus feindlichen Politik zu erzwingen — ob man uns das

zu einer Sanierung unserer Währung erforderliche langfristige

Monatssatz sobald gewünscht wird, daß es uns noch zweckmäßig

lässt sich noch nicht sicher voraus sagen. Ohne Monatssatz ist kein

Kreditstreit und keine Goldanleihe zu erwarten — das ist

die Bankkonferenz uns mit nüchterner Deutlichkeit zu verfehren gegeben. Wird uns aber auf Grund eines mehrjährigen Motoriums eine Goldanleihe gewährt, so erfüllt es diese einen Teil der ungedeckten Papiergeldnoten gegen gelehrte Sachentwicklungen einzutauschen, den Markts zu befriedigen und eine süßere Grundlage für eine weitere Sanierung der Währung zu gewinnen. Versagt diese Hoffnung auf Motorium und Auslandsbank, so bleibt als letztes Mittel nur die Mobilisierung der inneren Sachwerte übrig, die als Deckung für eine Goldanleihe heranziehen würden. Inzwischen die Reichsbank aus ihrem leichten Goldbestand dazu beitragen kann, eine solche Aktion einzuleiten oder zu unterstützen, bedarf besonderer Erwägungen. Jedenfalls ist es nicht zu umgehen, in der Zeit der äußersten Not auch auf das deutsche Sachvermögen in stärkerem Maße, als es durch das Zwangsmittelgesetz vom Frühjahr 1922 geschehen ist, zurückzugreifen. Damals glaubte man sich mit einer Goldmilliarde begnügen zu können, deren Wert überdies gleich 73 Papiermilliarden galt wurde. Heute, wo diese 73 Papiermilliarden bei weitem noch nicht eingehoben sind, bedienen sie ungefähr des August-Märktes nur noch  $\frac{1}{5}$  Goldmilliarde. Das private Sachvermögen kann also heute eine weit höhere Belastung vertragen und darf sich der Verpflichtung, in wirtschaftlichen Goldwerten einzustehen, nicht entziehen. Die Kapitalistenkreise werden natürlich die größten Schwierigkeiten machen. Weigerte sich das Unternehmertum doch sogar, trotz seiner enormen Goldgewinne bei der Ausfuhr in die Erfüllung der Ausfuhrabgaben einzuhilfen. Aber wenn die Regierung nur die nötige Festigkeit zeigt, und sie kann es, da die Gewerkschaften sie dabei ausnahmslos stützen, so wird sie eine solche Sanierungspolitik auch durchsetzen. Eine andere Stellung gibt es nicht für sie — es bleibt ihr also keine Wahl mehr.

Mit der Bindung des Papiermarkt-Angebots durch Stilllegung der Rentenpreis und Ausgabe geforderter Sachanweisungen ist aber nur der erste Schritt zur Sanierung unserer Währung getan. Um die Wirkung dieser Maßnahme zu vervollständigen, bedarf es weiterer Schritte gesetzgeberischer wie wirtschaftlicher Natur. Der Gesetzgebung obliegt es, den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken und unter strengem Aufsicht zu stellen. Dazu gehört ein Verbot, beim Güterhandel in ausländischer Währung zu berechnen und mit ausländischen Devisen Spekulation zu treiben. Eine Monopoliierung des Devisenhandels wird kaum durchführbar sein, denn hätte die Regierung dazu die Macht, so hätte sie in der Tat den Gelbmarkt in der Hand. Aber strenge Kontrollen und Strafen führen bis zu einem gewissen Grade ebenfalls gegen solchen Devisenhandel. Ferner ist es notwendig, der Hauptheorie von Waren zu genügen, indem die bewährten Rationierungsmassnahmen der Krisenzeite wieder eingeführt werden. Dies gilt für Lebensmittel, Kleidung, Schuhwerk und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs. Ob nun der Kaufmann im Siedlung einen gewissen Zwangshars einlegt, der von Monat zu Monat festgesetzt wird, nachgeprüft wird, bedarf der eingehenden Unterstützung. Gernig ist zu befürchten, daß die Ware sich vor der mit Zwangshars ausgestatteten Papiermarkt verbürgt. Demgegenüber gibt es zwei Wege: Verfolgungsmaßnahmen und Rechergung. Durch ersteres wird man eine Verkürzung der Bevölkerung mit dem Ausfuhrüberschuss zu konfrontieren erzielen müssen, um überhaupt wieder zu ertragreichen Preisabschöpfungen zu gelangen. Wenn sich aber auf die Dauer ein Zwangshars erfüllen, dann droht vom Waren und dem Angebot ein Zahlungsmittelkampf, ergibt, so helfen alle Zwangshars nichts dagegen, daß zu wenig Kaufgut vorhanden sind, und es bleibt nur übrig, das Angebot der leichteren durch Rechergung zu erhöhen. Es bedarf nun des Hinweises, daß dies ganz erhebliche Umstellungen der gesamten betrieblichen Struktur erfordert wird: Einführung von Lohnregelung, Verbesserung der Arbeitsweise für die Herstellung lebensnotwendiger Güter, Belebung leistungsfähiger Betriebe, Konzentration der Produktion, Rationalisierung und Optimalisierung usw., ein Erneut einer planmäßigen gelehrten Wirtschaft zu Ende der freien Wirtschaft mit aller ihrer Auswirkungen. Es ist ferner zu hoffen, daß die Arbeitseigentümlichkeit für den Anfang, die Rechergung systematisch zu bemühen, nicht entziehen werden. Sie werden aber endlich jagen, daß dies nicht lediglich auf Kosten der Arbeitnehmer durch Steigerung der Beschäftigung geschieht, sondern durch Ausschaffung aller produktionsfremden und sekundären Branche.

Überhaupt muss die Möglichkeit einer Rettung vor der bestehenden Katastrophenlage, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie alle in der Richtung der Rückkehr zu einer gewissen Zwangsharbeitsordnung, zur krisischen Gemeinschaft liegen. So der Zeit bedarf die betriebliche Produktivität erfordert es: Einführung von Lohnregelung, Verbesserung der Arbeitsweise für die Herstellung lebensnotwendiger Güter, Belebung leistungsfähiger Betriebe, Konzentration der Produktion, Rationalisierung und Optimalisierung usw., ein Erneut einer planmäßigen gelehrten Wirtschaft zu Ende der freien Wirtschaft mit aller ihrer Auswirkungen. Es ist ferner zu hoffen, daß die Arbeitseigentümlichkeit für den Anfang, die Rechergung systematisch zu bemühen, nicht entziehen werden. Sie werden aber endlich jagen, daß dies nicht lediglich auf Kosten der Arbeitnehmer durch Steigerung der Beschäftigung geschieht, sondern durch Ausschaffung aller produktionsfremden und sekundären Branche!

Über die bisherigen Erfolge dieser Maßnahmen folgendes mitgeteilt:

Das aktivierte Einsparverbot für eine Reihe von Kurus- ergebnissen und Maßnahmen ist bereits erzielten. Es bleibt zu lange bestehen, bis die nötigen Vorarbeiten für die in Aussicht genommene Erfüllung der Einsparungsziele erledigt sind.

Gewerkschaften mit einer Erfüllung der Ausfuhrabgaben eingetreten. Die Vordringungen der Gewerkschaften beim Verbot der Herstellung von Silanbändern für die Herstellung von Zigarettenwaren sind in vollem Umfang erkannt worden und in Form einer Verordnung zur Durchführung gefragt. Der Bedarf der Bevölkerung an Buder für den Haushalt im kommenden Wirtschaftsjahr soll durch Belebungnahme sichergestellt werden. Den einzelnen Landesregierungen steht es frei, den Verbrauch zu rationieren.

Ferner ist eine wesentliche Einsparung in der Herstellung von Starkbieren erfolgt. Man ist hier allerdings nicht ganz soweit gegangen, wie die Gewerkschaften es gefordert haben. Innerhalb haben die verfügbaren Maßnahmen eine wesentliche Sparwirkung am Getreide zur Folge.

Die Versorgung mit Brötgetreide ist schon jetzt bis zum Frühjahr sichergestellt. Nötigenfalls soll eine Streitung der zur Verfügung stehenden Mengen ins Auge gefaßt werden. Die vielseitigen Gerüchte über eine schlechte Getreideernte sind stark

übertrieben und die tatsächliche Ernte weicht einer größeren Ernte von Erwartungen auf, während die tatsächlichen Aussichten nicht angekündigt werden. Die Erntezeit ist noch nicht sicherlich, ob angenommen wird, daß die tatsächliche Ernte nur eine halbe Ernte von Erwartungen aufweist. Von der Gewerkschaft der Mitglieder der Gewerkschaften, die nach der Ortsauskundschaft Ende 1921 7.751.957 waren, hat nur der Ortsauskundschaft 5.904.166 Mitglieder, reichlich das Doppelte, erfaßt werden.

Nach der Zahl der angekündigten Gewerkschaften ergibt sich folgender Umfang der an der Statistik beteiligten Ortsausküsse. Es gehören an: 61 Ortsausküsse bis 6, 157 Ortsausküsse 6 bis 10, 323 Ortsausküsse 11 bis 20, 348 Ortsausküsse 21 bis 30, 122 Ortsausküsse 31 bis 40 und 16 Ortsausküsse über 40 Gewerkschaften. Die Bedeutung der Ortsausküsse wird jedoch nicht allein bestimmt durch die Zahl der in ihnen vertretenen Gewerkschaften, sondern in das höheren Städte durch ihre Mitgliederzahl.

Gegenüber dem Vorjahr weiß das Jahr 1921 keine erheblichen Veränderungen der Gründungspolitik der Ortsausküsse auf. Einem stärkeren Anstieg erhielten die Ortsausküsse, die bis 500 Mitgliedern zählen, was darauf zurückzuführen ist, daß im Jahre 1921 zahlreiche Neugründungen von Ortsausküsse in kleinere Orte erfolgten.

Bei den 38 größten Ortsausküsse hatten 1921 über 100.000 Mitglieder (die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahrs): Berlin 609.945 (701.695), Hamburg 236.186 (259.440), Leipzig 162.190 (158.932), Dresden 160.715 (160.786), Köln 124.871 (122.581), Frankfurt 121.549 (121.188), Chemnitz 112.327 (118.646), Frankfurt am Main 102.645 (127.355).

Über 50.000 bis 100.000 Mitglieder hatten: Hamm 98.952 (94.667), Nürnberg 97.573 (95.262), Breslau 94.111 (107.291), Stuttgart 79.346 (78.841), Essen 77.109 (77.985), Düsseldorf 68.271 (59.974), Bremen 65.585 (65.844), Bielefeld 62.841 (64.867), Dortmund 61.295 (62.655), Stettin 55.579 (58.927), Kassel 51.793 (52.598).

Bei einem Teil dieser größten Ortsausküsse ist gegen das Vorjahr eine erhebliche Verminderung der Mitglieder festzustellen. Eine Ursache liegt in dem Anscheiden des Angehörigenverbundes, der an den größten Orten am stärksten vertreten war.

Die Tätigkeit der Ortsausküsse ist zum großen Teil aus Betätigungen, die sie besitzen, zu erledigen. Darunter sind die Streikberatungseinrichtungen, die sich unterteilen in Arbeiterrichteräume und Rechtsauskünftestellen, die die Arbeiterschaft sicher die wertvollen.

Die Gesamtzahl der von den Ortsausküsse unterhaltenen Arbeiterrichteräume beträgt am Ende des Berichtsjahrs 161 gegen 134 im Vorjahr. In den Arbeiterrichteräumen wurden 295 Angeklagte befragt. Das Verfahren einer 86.000 Ansässigkeitsstelle, die nur eingeschränkt, aber im Rahmen geführt wird, geben 290 Ortsausküsse an.

Eigene Büros zur Leitung der Gewerkschaftsarbeit haben 68 Ortsausküsse eingerichtet. Zu Vorjahr waren es 58.

Zu den wichtigsten Einrichtungen der Ortsausküsse gehören die Gewerkschaftshäuser. Mit dem Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung entstand an den größeren Orten das Bedürfnis, eigene Unterkünfte zu haben für die Gewerkschaften zu schaffen. Das führt vielleicht zum Bau eines Häusers mit Büros, Sälen, Restaurants und Herbergen. Nicht alle Unterkünfte, die als Gewerkschaftshäuser bezeichnet werden, sind Eigentum der Ortsausküsse. Vielfach dienen auch Sozial- oder Wissensräume den gewerkschaftlichen Zwecken. Von 97 Orten wurde das Besitzen von Gewerkschaftshäusern angegeben, davon waren 68 als Eigentum der Gewerkschaften bezeichnet. Wohnungsräume befanden 67, Büros 72, Versammlungsräume 80 und Herbergen 20 Gewerkschaftshäuser. Außerdem werden noch an 6 weiteren Orten Herbergen unterhalten, so daß die Gesamtzahl der von Ortsausküsse eingerichteten Herbergen 26 beträgt. Weitere 26 Orte unterhalten eigene Verwaltungsräume.

Den Bildungsleistungen wird an 561 Orten durch Bildungsanstalten Rechnung getragen. Zur Bildung der Jugend und an 418 Orten befindende Jugendausküsse eingerichtet. 748 Ortsausküsse besitzen Bildungsanstalten. Die Verschärfung des Bildungsbedürfnisses wird an 263 Orten durch besondere Kommissionen ausgelöst. Das neue gewerbliche Bildungsangebot, das Betriebsratssystem, hat bereits in 261 Orten zur Errichtung von Betriebsrätekabineten, in denen sowohl eine Teil-Angestellte tätig sind, geführt. In der Folgezeit wird ein breites Ausmaß dieser Einrichtungen zu erwarten sein.

Von den berichtenden Ortsausküsse wurden 1921 zusammen 5019 allgemeine und 1950 berufsliche Versammlungen abgehalten.

Die Fassungen und Sätze der Ortsausküsse sind gegen das Vorjahr wieder beträchtlich gewachsen. In dieser Steigerung spiegelt sich die Gewinnertierung wider. Trotz der bedeutenden Größe der Einnahmen und Ausgaben nimmt die Gewinnertigkeit gegenüber der in der Vorjahrsszeit umgeholten noch stark zu.

Über die Gewinnertigkeit berichten 978 Ortsausküsse. Sie verzeichnen zusammen eine Gesamtsumme von 22.222.655 RM. (1920: 13.433.448 RM.), davon fließen 17.382.866 RM. (8.832.203 RM.) aus Beiträgen, die jüngsten Erhebungen betragen 4.839.789 RM. Die Gesamtumsätze beliegen sich auf 20.361.595 RM. (1920: 12.215.539 RM.), davon kommen auf die Kosten: Agitation 920.203 RM., Arbeiterrichteräume 474.189 RM., Gewerkschaftshäuser 1.125.091 RM., Sekretariate und Rechtsauskünftestellen 6.547.711 RM., Bildungszwecke und Bildungsräume 1.541.257 RM. und Jugendbildung 217.325 RM. Die Aufwendungen für das Betriebsrätekabinett betragen 1.947.499 RM., und die Verwaltungen bezogenen 3.845.678 RM. Kosten. Der beobachtete Ausgabenzufluss ist bei den Arbeiterrichteräumen. Es liegt gegen das Vorjahr um 2.646.894 RM. Bei der hier angegebenen Ausgabe für Sekretariate kommt noch weitere 333.262 RM. hinzu, die nicht in den Kostenbericht eingehen. Ein Ortsauskuse enthält sich hierbei im Sekretariat einer eigenen, vom Ortsauskuse völlig unabhängigen Dienstleistung. 47 Sekretariate enthielten Büros aus öffentlichen Räumen im Gesamtbetrag von 341.602 RM. Davon fließen 63.600 RM. aus Städten, 39.050 RM. aus Kreis- und 238.952 aus Gemeindesässen.

Die vorliegenden Kostenangaben haben nicht das vollständige Ergebnis der Finanzierung der Ortsausküsse. Nebenher lonten noch beträchtliche Summen an Sammlungen, die aus besonderen Anlässen unternommen und zeitweise in den Kostenberichten nicht angewiesen waren. Diese Angaben darüber gemacht wurden für 1921 13.870.245 RM. durch Sammlungen ausgetragen; sie befinden beinahe die Hälfte für die Hingeraden in Südwürttemberg und Unterfranken für die Opfer der Friedlichen Explosionskatastrophe in Oppeln und des Friedlichen Märtyrertums in Mitteldeutschland. Diese Sammlungen sind ein zentraliges Zeichen für die jetzt bereits Opferwilligkeit der Arbeiterschaft, wenn es gilt, in tiefer Not befindlichen Menschen Hilfe zu bringen.

Aus dem Gesamtergebnis der Jahresstatistik für 1921 geht unverkennbar hervor, daß sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in allen wichtigen politischen und sozialen Schwierigkeiten auf der nach dem Ausbruch der Revolution erreichte Höhe gehalten hat. Das Jahr 1921 war für die Ortsausküsse eine Zeitspanne weiterer innerer Entwicklung ihres Bestandes.

Die Entwicklung der Ortsausküsse ist für mich im Jahre 1921 sehr geprägt. Den an der Statistik berichterstatteten 1021 Ortsausküsse waren 1920 14.029 (1920: 13.436) Gewerkschaften mit zusammen 5.934.156 (5.059.255) Mitgliedern, darunter 1.273 (1.289.368) Gewerkschaften dem Reichsamt zugeordnet und 553 Gewerkschaften mehr, darunter 250 Mitglieder weniger registriert. Die jüngsten Erhebungen bilden keine Abweichungen, wenn man berücksichtigt, daß die Ortsausküsse auf den gesetzlichen Ortsausküsse geschafft werden. Es fanden 1921 = 77.7 v. h. Verhandlungsangebote statt, die mehr als 83.2 v. h. der berichtenden Ortsausküsse an der Spitze betrieben.

Die Entwicklung der Ortsausküsse im Vergleich zu ihrer Größe wurde berichtet. Den an der Statistik berichterstatteten 1021 Ortsausküsse waren 1920 14.029 (1920: 13.436) Gewerkschaften mit zusammen 5.934.156 (5.059.255) Mitgliedern, darunter 1.273 (1.289.368) Gewerkschaften dem Reichsamt zugeordnet und 553 Gewerkschaften mehr, darunter 250 Mitglieder weniger registriert. Die jüngsten Erhebungen bilden keine Abweichungen, wenn man berücksichtigt, daß die Ortsausküsse auf den gesetzlichen Ortsausküsse geschafft werden. Es fanden 1921 = 77.7 v. h. Verhandlungsangebote statt, die mehr als 83.2 v. h. der berichtenden Ortsausküsse an der Spitze betrieben.

Die Entwicklung hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Bericht vom Reichstag, Berichterstattung: Kollegium Vorster (Hamburg); 2. Bericht vom Reichstag, Berichterstattung: Kollegium Barthel (Hannover); 3. Schlußbericht des Bezirkssekretärs, Berichterstattung: Kollegium Schwartz (Hannover); 4. Bericht des Bezirks- und Kreissekretärs; 5. Berichterstattung.

Zum 1. Bericht gibt Paul Vorster eine gehörige Übersicht über die wichtigsten Sachverständigen. Vorster führt insbesondere die Zusammensetzung des Beirats des Betriebs- und Gewerkschaftsverbandes an.

## Die abgestellte Hungersnot.

Von Friedrich Rüdert.

**A**ls im Lande Hungersnot war und beim König ward berichtet, In des Reiches reicht. Städten viele Arme Hungers, Höret! welche rote Zukunft Petrus trug, der Persepkönig: Eigenhändig schrieb er einen Brief an jene Stadt im Reiche Dieses Inhalts: „Wo ein Armer Hungers stirbt in euren Mauern, Werd' ich für den Armen einen Reichen nehmen und im Reker Auch ihn Hungers sterben lassen!“ Niemand stirbt im Lande Hungers und die Reichen selber brauchten nicht zu hungern, mit den Armen Nutzt den Überfluss zu teilen.

Übertrieben und gehen vor solchen Freuden aus, wie ein Interesse an der Verbreitung deutscher Hochschulhäuser haben.

Die Versorgung mit Kartoffeln ist durch eine großzügige Förderung sichergestellt. Alle Aussichten sprechen dafür, daß die diesjährige Kartoffelernte die besten Ernten, die in Jahrzehnten dagewesen sind, übertrifft. Es ist also mit einem starken Angebot zu rechnen, das einkommen auf die Preise brüdernd wirkt. Der Handel wird ebenso die Kartoffelgewächshäusern hoffen, deshalb auch mit Kartoffelhäusern zurück.

Zusätzlich ist der Vorstand des ADGB mit Erfolg bemüht geblieben, die Kartoffelernte aus unterdrückten Ländern zu fördern, was gleichfalls preiswirksam wird. Die Versorgungen sollen fortgesetzt werden.

Die von den Gewerkschaften weiterhin geforderten sozialpolitischen Maßnahmen (Erfüllung der Spekulationsgebühren, Verbesserung der Zustandsaufnahmen in ausländischer Währung) sind Gegenstand einer ersteren Beratung. Ihre Durchführung kann nur auf gegebenenfalls Wege geführt und bedarf daher weiterer Vorbereitung.

Sie allgemeinen liegt sich fügen, daß die in Betrieb befindlichen Stellen sich des Zustes der Lage bewußt sind und sich bemühen, soweit es innerpolitisch möglich ist, den Geschöpfern entgegenzutreten.

## Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1921.

So dem angehenden Jahr Außen der Gewerkschaften nehmen die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine noch nie Stelle ein, als diese wichtigen Zusammenstellungen noch als Generalversammlungen bezeichnet wurden, waren es frühere Gebäude; der 1919 in Kürschners eingerichtete Gewerkschaftsbund hat ihnen ein neues Gebäude geschenkt. Die Aufgaben der Ortsausschüsse beruhen nur auf einfachem Sitten, das aber nicht gering eingetragen und nicht viel kosten kann. Das nach der Revolution einige reiche gewerbliche Flächen der Gewerkschaften hat auch die wirtschaftliche und soziale Fortschreibung der Ortsausschüsse wesentlich gefördert, kann aber auch zugleich ihrer Aufgabenkreis erweitert.

Über die Entwicklung der Ortsausschüsse ist für mich im Jahre 1921 sehr geprägt. Die Zahl der Ortsausschüsse am Jahresbeginn betrug 1314, die ist gegen das Ende der gleichen Jahreszeit 176 gestiegen. Seinerzeit keine jüngste Berichterstattung der Ortsausschüsse an der Statistik zu verzeichnen. Es fanden 1921 = 77.7 v. h. Verhandlungsangebote statt, die mehr als 83.2 v. h. der berichtenden Ortsausschüsse an der Spitze betrieben.

Die Entwicklung der Ortsausschüsse im Vergleich zu ihrer Größe wurde berichtet. Den an der Statistik berichterstatteten 1021 Ortsausschüsse waren 1920 14.029 (1920: 13.436) Gewerkschaften mit zusammen 5.934.156 (5.059.255) Mitgliedern, darunter 1.273 (1.289.368) Gewerkschaften dem Reichsamt zugeordnet und 553 Gewerkschaften mehr, darunter 250 Mitglieder weniger registriert.

Die jüngsten Erhebungen bilden keine Abweichungen, wenn man berücksichtigt, daß die Ortsausschüsse auf den gesetzlichen Ortsausschüsse geschafft werden. Es fanden 1921 = 77.7 v. h. Verhandlungsangebote statt, die mehr als 83.2 v. h. der berichtenden Ortsausschüsse an der Spitze betrieben.</p





# Beilage zum Prosletarier

Nummer 39

Hannover, 30. September 1922

31. Jahrgang



## Chemische Industrie

### Gewerbliche Gefahren in der chemischen Industrie.

Durch Explosion des Dynamitfabrikates in einer anderen Dynamitfabrik wurden vier Arbeiter getötet. Die Explosion erfolgte eine Stunde nach Beginn der Arbeit, morgens 7 Uhr. Zirka 900 Kilogramm Nitroglycerin, Sollcupumitrolle und sechziger Sprengstoff lärmten zur Explosion. Die Ursache ist auch hier nicht völlig geklärt, doch dürfte kein Zweck bestehen, daß das Versehen eines der Getöteten vorlag, da der Raum durch den Betriebsleiter und Meister wenige Minuten vorher revidiert und in Ordnung befunden wurde. Im Bericht wird die Zahl der Verletzten, die zur Explosion Anlaß gegeben haben könnten, als unbegrenzt bezeichnet. Zugleich werden über die getöteten Arbeiter in erster Linie berichtet und wie in vorhergegangener Auffassung bei drei Möglichkeiten die eventuelle Schuld des Arbeiters an erster Stelle genannt.

Beim Verbrennen von Rückständen aus der Dynamitfabrikation entstand nachschlagend durch in größeren Mengen an altem Blei haltendes Nitroglycerin eine Explosion, bei welcher der Betriebsleiter, der sich in schärfster Weise in zu großer Nähe des befindlichen Verbrennungsraumes aufhielt, durch herumfliegende Stütze im Rücken schwer verletzt wurde. Der Unfall kamte bei der nötigen Vorsicht vermieden werden, sagt der Bericht. Das mit Nitroglycerin behaftete Blei ohne besondere Vorsichtsmassnahmen der Betriebsleitung verkannt wurde, wird im Bericht nicht genügt.

In einer Fabrik für rauschinduzierendes Pulver fand eine gerollte Platte Pulvermasse beim Einlegen in die Presse plötzlich zu brennen an, wobei ein Arbeiter schwere Brandwunden erlitt, die nach sehr langer Zeit zum Tode führten.

Im Versuchslabatorium einer Sprengstofffabrik wurde ein Arbeiter beim Reiben einer Reibung mit einem Glasstab durch entstehende Staubstähnen im Gesicht bestimmt. Bei der Explosion von Sündhütchen erlitt eine Arbeiterin Verletzungen an den Beinen und am Oberkörper. In einem andern Falle hatte ein Arbeiter die Reinigung einer Schleifmaschine vorgenommen. Dabei entstand eine Explosion, wobei der Arbeiter schwere Wunden im Gesicht, an den Händen und Füßen davontrug. Bei der Ladung von Sprengstoffpulvern erfolgte eine Explosion, wobei der damit beschäftigte Arbeiter einen mehrfachen Bruch des Unterleibes, den Verlust der Kraft eines Auges und starke Quetschungen an der linken Hand erlitt. Die Explosion ereignete sich bei ganz normaler Arbeitsweise unter Benutzung bisher bewährter Einrichtungen und Sprengstoffmischungen und ohne daß eine ungewöhnliche Handlung oder ein Versehen vorgelegen hat. Bei Herstellung von Sprengstoffpulvern aus chloroformem Kali und rotem Phosphor kam die Reibung zur Explosion. Der Arbeiter wurde an beiden Händen, der Brust und dem rechten Oberarm verletzt. Der Rennenaufprall mußte abgelehnt werden, da der in Frage stehende Schießhabenbetrieb als versicherungspflichtig nicht anerkannt werden konnte. (1)

Ein schwerer Unfall ereignete sich beim Ausbedienen eines Tonrohrs in der Spülwaschereiung von der Vorbelastung zur Abfallwasserstation. Beim Herausnehmen des Rohres erfolgte eine Explosion, wobei das Rohr zertrümmernt wurde. Der Schlosser erlitt erhebliche Gesichtsverletzungen, fast völligen Verlust beider Augen, starke Schwerhörigkeit und ist nahezu gänzlich erwerbsunfähig.

1913. In der Nachbereitung einer Dynamitfabrik explodierte auf unausgelöste Weise das Wochensatz für abgesogenes Nitroglycerin und ein Kochsieder, der einzige in dem Raum beschäftigte Arbeiter, wurde auf der Stelle getötet.

Im Knetmaschinenhaus einer Dynamitfabrik kam es zu einer Explosion, durch welche zwei Arbeiter getötet wurden. Zur Explosion kamen 200 Kilogramm fertiges Gelatinedynamit und zirka 120 Kilogramm Sprengöl. Die Ursache wird auf Verschulden des Arbeiters zurückgeführt, der die Knetmaschine zu bedienen hatte. Er hatte die vorhergehende Nacht auf dem Schlafplatz zugebracht und war zur Arbeit gegangen, ohne geschlafen zu haben.

Auf nicht ausgelöste Weise entstand im Bereichum für Nitropulver einer Sprengstofffabrik eine Explosion, bei welcher drei Arbeiter getötet und fünf verletzt wurden.

In einer Schwärzelpulverbau explodierte während der Reinigungsarbeit ein Walzwerk. Dabei fingen die Kleider eines Arbeiters Feuer. Der am ganzen Körper brennende Arbeiter eilte am Preiselwerk vorbei, um sich in den als Behelfskasten der Werkdienenden Wasserlauf zu stürzen. Durch die brennenden Kleider erfolgte dann eine Explosion des Preiselbaus. Die Ursache der Explosion konnte nicht festgestellt werden. Der Arbeiter hatte kurz vor seinem Tode ausgerufen, daß aus der Staubgrube plötzlich eine Flamme herausgeschlagen und alles in Flammen gesetzt habe. Die Untersuchung ergab weder ein Verhältnis des Arbeiters noch der Betriebsleitung. Als wahrscheinliche Ursache der Explosion kommt erhöhter Pulverbau in den Schachtgruben in Betracht. Deshalb wurde eine vollständige Abtrennung der Schachtgruben gelegt, von den Betriebsräumen vorgenommen.

In einer anderen Schwärzelpulverbau explodierte ein Körnerwerk für Jagdpulver, wodurch zwei Arbeiter getötet und einer verletzt wurde. Die Ursache der Explosion konnte nicht ermittelt werden, da auch der am Leben gebliebene Arbeiter keinerlei Erinnerung mehr besitzt.

In einer Sprengstofffabrik explodierte das Abwassersystem für fertige Sprengstoffe, wodurch der mit dieser Arbeit betraute Mann getötet wurde.

Zwei tödliche Unfälle ereigneten sich in einer Blasdruckerfabrik. Eine Arbeiterin wollte Stückleister in einer Steinschleiferei bereitstellen, in der sich noch ein geringer Blasdruck von Blasdruckasse befand. Sie füllte Wasser in die Schale und verursachte trockene Verbrennungen ihrer Hinterbeine, die Schale mit einer Drahtbüchse zu reinigen. Durch die dadurch herbeigeführte

Explosion wurde sie getötet, drei weitere Personen wurden verletzt. Die Stelle ist verunreinigt worden, die Schäden, in denen die Blasdruckasse eingefüllt war, lediglich für diesen Zweck benutzt zu lassen. Sie sollte nach Reinigung in den verschlossenen Vorraum bringen zu lassen und etwaige Reste von Blasdruckasse sauber auszuholen.

Der zweite Unfall ereignete sich bei dem Zerkleinern von Ammonium. Als die Reinigung einen vor ihr liegenden Raden mit der Hand heranzog, explodierte die Explosion des Radens. Durch die umherfliegenden brennenden Stößen wurden die Kleider der Reinigungssfrau in Brand gesetzt, wodurch sie schwere Brandwunden erlitt, die ihren Tod herbeiführten.

In einer kleinen Fabrik zur Herstellung von Sündplättchen für Kinderpistolen (Amortes) explodierten mehrere baufertige Kleider mit Großpatronen von Amortes, tööteten den Meister und eine Arbeiterin und verletzten 12 andere. Die Ursache der Explosion ist ebenfalls unbekannt. Der Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft vermutet, daß sich zwei Arbeitserinnen gestritten haben, wobei eine in den Patronen gefallen ist und dadurch die Sündplättchen zur Explosion brachte. Der Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten stellt dagegen fest, daß die Arbeitserinnen beim Ausräumen der Trockenkammern die trockenen Blätter löse auf dem Arm aus den Kammmen heraus in den Vorraum der feuergefährlichen Stanzerei trugen und dort in besondere Ablegestellen legten. Dabei haben sich anscheinend einige Blätter durch Reibung entzündet. Der Meister suchte den Brand zu löschen, was aber an den unzureichenden Löschmitteln scheiterte.

Bei der Reinigung einer Patroniermaschine erfolgte eine Explosion, wobei zwei Arbeitserinnen leicht verletzt wurden. Bei Versuchen zur Herstellung eines Nitroglycerinpulvers kam es zu einer Explosion. Von den Stoffzämmen wurden vier Personen verletzt.

In einer Knallquecksilberfabrik verschüttete ein Arbeiter auf einem mit Reis bedeckten Wege durch Rutschen eines Sackes einen an der gefährlichen Stelle stehen zu bleiben, ging er fort und schüttete den Meister dort hin, welcher auf den Sack trat, wodurch ihm beide Hände zerstört und das rechte Auge ausgerissen wurde. Das Verhalten des Arbeiters wird als unverantwortlich bezeichnet, da er mit der Gefahr bekannt war und für ähnliche Fälle genaue Instruktionen hatte. Beim Zusammenstoßen der aus chloroformem Kali und rotem Phosphor bestehenden Sündmasse explodierte diese, wobei der Laborant im Gesicht und an der Hand Brandwunden erlitt. Der Unternehmer war sich in diesem Falle der Gefahren solcher Mischungen nicht bewußt. (?)

Kennen die angeführten Explosionen und sonstigen Unfälle nicht als Sonderarten aus der Gesamtzahl der Unfälle in der Sprengstoffindustrie betrachtet werden, so lassen uns die Berichte der Berufsgenossenschaft und der Gewerbeaufsichtsbeamten für die Jahre 1914/18 füglich im Stich, weil sie von der Heeresleitung in den Kriegsjahren an der Verbesserung markanter Fälle behindert wurden. Dadurch wurden die Unfallgefahren naturgemäß erhöht, denn das Volumenwerden von Unfallsfällen veranlaßt auch die Arbeiter zu großerer Vorsicht und schafft das Gewissen des Unternehmers. Etwa nach dem Kriege konnte die Berufsgenossenschaft einen zusammenfassenden Bericht über die Sprengstoffindustrie für die Kriegszeit herausgeben. Indem wir nach diesem Bericht hier eine Zusammenfassung vornehmen, muß darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der Verletzten und Getöteten weit größer als angegeben ist, weil in den Sprengstoffbetrieben in der Kriegszeit umfangreiche Neu- und Umbauten erfolgten, die evtl. verunglückten Bauarbeiter aber nur zum kleinen Teil in der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie versichert waren und deshalb in der Auffassung nicht enthalten sind. Ebenso sind die verletzten und getöteten Personen außerhalb der Betriebe, wie sie bei großen Katastrophen zahlreich zu verzeichnen waren, von der Statistik der Berufsgenossenschaft nicht mit erfaßt. Zugleich ist die Zahl der Opfer in den fünf Kriegsjahren außerordentlich groß. Es kamen 6561 Unfälle zur Anmeldung, so daß für die übrigen fünf Jahre des Berichtsjahrzehnts 1209 verbleiben. Entschädigungspflichtig wurden 1653; auf die übrigen fünf Jahre entfallen 812. Von den 1409 tödlichen Unfällen des Jahrzehnts entfallen auf die Kriegsjahre 1030. Wenn wir bedenken, daß als Zeugen der Lottowirtschaft in der Sprengstoffindustrie während der Kriegszeit auch in den Jahren 1919 und 1920 die Unfälle in der Sprengstoffindustrie noch sehr zahlreich waren, so läßt sich die Steigerung während der Kriegszeit erst richtig bewerten.

In der Leuchtminutition war ein Fünftel aller Unfälle und fast ein Viertel aller Todesfälle zu verzeichnen. Ein Beweis, daß diese Betriebe zu den gefährlichsten der gesamten Sprengstoffindustrie gehören. Die Vorschriften der Berufsgenossenschaft für Feuerwerkerbetriebe waren nur auf die im Handel stehenden Feuerwerkskörper zugeschnitten, weil die Herstellung von Leuchtmunition bis zum Ausbruch des Krieges ausschließlich in den Händen der Militärverwaltung lag. Die Feuerwerkerbetriebe gründeten während des Krieges zur Herstellung von Leuchtmunition über. Die Betriebe entsprachen aber in ihren technischen und finanziellen Einrichtungen nicht den notwendigen Anforderungen. Um den Kriegsbedarf zu bedenken, mußte der Gewerbeaufsichtsverband in außerordentlich vielen Fällen den Betrieben weitgehenden Dispens von den erlassenen Vorschriften erteilen. Diese Laxizität, wie auch die folgende, darf zur Werbung der Feuerwerkerbetriebe Kriegswichtigkeit niemals wieder vergeben werden. Nach dem Krieg war offiziell und für die Betriebe nicht ohne Zustand, daß den Betriebsleitern in allgemeinen chemische Kenntnisse so gut wie völlig fehlten. Die Betriebe waren oft ebenso ratsamlos in ihren Einrichtungen wie in wissenschaftlicher Beziehung.

Es heißt dann weiter in dem Bericht, daß die vorgenommenen Sicherungen nachstehend nur kurz besprochen sind, weil diese Betriebe gleichzeitig mit dem Kriegsende eingingen.

Beim Wägen und Sieben der Säfe waren ziemlich Brand- und Explosionsgefahrzustände zu verzeichnen. Die Handarbeit bietet bei diesem Produktionsvorgang wohl der Aluminumpulver. Beim Einfügen des Aluminiumpulvers in die Dosierungsprise ereignete sich eine Explosion. Trotz der nur 6 Kilogramm betragenden Säfemenge wurde das ganze Gebäude zerstört und fünf Menschenleben vernichtet.

In einem Laboratorium für Leuchtmunition wurde auf einem Tisch der Sack von Hand gewickelt und in Gläsern gefüllt. Dabei erfolgte eine Explosion. Wie viele Personen dabei getötet sind, sagt der Bericht nicht. Die Überlebenden Arbeitserinnen sagten aus, daß die Explosion durch ein Beschließen des Tisches auf dem Tisch entstanden, auf dem Sack verstreut war, entstanden ist. Die Aufsichtsbeamten teilen diese Ansicht nicht, sondern halten ein Verhältnis der Arbeitserinnen für wahrscheinlicher.

Der Bericht er schließt sich in der Aufzählung und Beschreibung der Explosionsursachen und des Verlaufs, ohne dabei besonders auf die in jedem Falle zu Schaden gekommenen Arbeitserinnen einzugehen. Nur einmal wird gesagt, daß die größten und schwersten Explosions beim Trocknen der Sterne zu verzeichnen waren und daß hierher das größte Explosionsereignis zu rechnen ist, das sich während des Krieges ereignet hat und dem 116 Menschenleben zum Opfer fielen, während 107 mehr oder minder schwer verletzt wurden. Eine Tabelle gibt Auskunft, daß in der Leuchtmunition 45 Explosions erfolgten, denen 225 Menschenleben gesperrt und 282 Menschen verletzt wurden.

Bei Herstellung und Verarbeitung von Nitropulver ereigneten sich 35 Explosions mit 259 Getöteten und 323 Verletzten. Die Explosions wurden meistens durch Fremdkörper in den Knetmaschinen ausgelöst. Es fanden sich bei Untersuchung der Fälle eiserne Nagel, Geldstücke und andere Eisenteile, die durch Reibung jedenfalls Funken gebildet haben.

An den hydraulischen Pressen ereigneten sich zwei Explosions. In einem Falle sollte Würfelpulver, das die Heeresverwaltung dem Werk zugefunden hatte, zu Röhrenpulver umgearbeitet werden. Nach Ansicht der Betriebsleitung soll sich das Würfelpulver bei dem hohen Druck von 500 Atmosphären bei 90 Grad zerstört haben. Die Berufsgenossenschaft führt die Explosion jedoch auf die größere Festigkeit des Würfelpulvers zurück, wodurch beim Pressen größere Widerstände entstanden und durch Reibung die Explosion hervorriefen. An den Walzwerken erfolgten drei Explosions von Nitropulver.

Die Fabrikation des Schwärzpulvers hat sich seit Jahrzehnten nicht geändert. Die Gefahren der Herstellung sind bekannt und werden in den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften für Fabriken zur Herstellung von Schwarzpulver und schwärzelpulverbrennlichen Sprengstoffen in erschöpfernder Weise bekämpft. Zugleich sind in der Kriegszeit 33 Explosions erfolgt, wobei 84 Arbeiter getötet und 64 verletzt wurden, und zwar in Berlin, die jahrzehntelang nach derselben Methode und in derselben Art und Weise arbeiteten. Die Explosions verteilen sich auf Wismutwerke 6, Stahlwerke 2, Läuferwerke 6, Preßwerke 2, Körner- und Siebwerke 13, Wocherwerke 3 und Lagerhaus 1.

Auch in den Schwarzpulverbauten müssen die Schwierigkeiten, die durch Einberufung der eingearbeiteten Arbeiter zum Heeresdienst entstanden, bei Beurteilung der erhöhten Unfallziffern beachtet werden. Ein weiterer Umstand, der eine Erhöhung der Fabrikationsgefahren mit sich brachte, ist der, daß während des Krieges ein feineres Pulver herzustellen war als in Friedenszeiten. Diese feineren Pulbersorten erforderten auch eine trockere Arbeitsweise. Der Hauptgrund für die Steigerung der Explosionsfälle ist aber in der Beurteilung der Rohmaterialien zu suchen, die oft entworfene festgestellt wurde und für eine große Anzahl von Explosions eine ungezwungene und oft die einzige mögliche Erklärung bildet.

Die Explosions in den Menghäusern sind sämtlich ungelöst geblieben. An den Stampf- und Läuferwerken sollen die Explosions meist durch Unachtsamkeit und vorschriftswidriges Verhalten der Arbeiter entstanden sein. In einem Falle wurde festgestellt, daß der schwer verletzte Arbeiter angelötete Pulbersäcke mit einem Hammer durch Klopfen entfernt hatte, während vorschriftsmäßig eine Entfernung der Krusten vorgenommen werden muß und die erweichten Krusten mit einem Holzspatel zu entfernen sind. In zwei Fällen sind Materialbrüche als Ursache der Explosions festgestellt worden. Dabei wird hervorgehoben, daß es in jedem Falle möglich ist, Apparate und Maschinen in Sprengstoffbetrieb wieder zu verwenden, die bereits den Wirkungen einer Explosion ausgesetzt waren, weil ihre Vollige Unversehrtheit niemals verbürgt ist, selbst wenn äußere Beschädigungen nicht wahrzunehmen sind.

Die Explosions in den Menghäusern sind sämtlich ungelöst geblieben. An den Stampf- und Läuferwerken sollen die Explosions meist durch Unachtsamkeit und vorschriftswidriges Verhalten der Arbeiter entstanden sein. In einem Falle wurde festgestellt, daß der schwer verletzte Arbeiter angelötete Pulbersäcke mit einem Hammer durch Klopfen entfernt hatte, während vorschriftsmäßig eine Entfernung der Krusten vorgenommen werden muß und die erweichten Krusten mit einem Holzspatel zu entfernen sind. In zwei Fällen sind Materialbrüche als Ursache der Explosions festgestellt worden. Dabei wird hervorgehoben, daß es in jedem Falle möglich ist, Apparate und Maschinen in Sprengstoffbetrieb wieder zu verwenden, die bereits den Wirkungen einer Explosion ausgesetzt waren, weil ihre Vollige Unversehrtheit niemals verbürgt ist, selbst wenn äußere Beschädigungen nicht wahrzunehmen sind.

Die Explosions in den Körn- und Siebwerken sind mutmaßlich auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Bestimmtes kann sich jedoch feststellen. In einem Falle heißt es, ist wohl zu eifeln, ob die Explosion auf das kühlsame Verhalten des Arbeiters zurückzuführen, der von der untersten Plattentürmchen das hier in Krusten angelegte Pulver wahrnehmlich mit einem Metallspatel zu entfernen will. In zwei Fällen sind Materialbrüche als Ursache der Explosions festgestellt worden. Dabei wird hervorgehoben, daß es in jedem Falle möglich ist, Apparate und Maschinen in Sprengstoffbetrieb wieder zu verwenden, die bereits den Wirkungen einer Explosion ausgesetzt waren, weil ihre Vollige Unversehrtheit niemals verbürgt ist, selbst wenn äußere Beschädigungen nicht wahrzunehmen sind.

In der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß betonte die Firma, daß sie bereits vor nahezu Jahresfrist ihren Antrag gestellt, auf eine Entschädigung jedoch nicht gebilligt habe, weil man das Geschehen des Werkblattes für Bleilstörer abweisen wollte. Nachdem dies erachtet ist, beantragt sie Fristsetzung zur Fertigstellung von Altordnung für Bleilstörer, weil sonst Werkblatt keine Gesundheitsgefahr vorliegt. Unsere Vertretung bestätigte die Abweisung des Antrages, da Bergungsgesetz bestiege, die durch die Möglichkeit der Einhaltung von Bleistörer in-

### Zum Merkblatt für Bleilstörerarbeiten.

Hatten wir in Nr. 30 des "Proletariers" die praktische Arbeit des Bleilstörers mit dem theoretischen Inhalt des Werkblattes der Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie behandelt, so wollen wir mit Nachdruck auf eine Schlichtungsausschüfung für die chemische Industrie (Sektion 7, Frankfurt a. M.) hinweisen, die sich mit einem Antrage der Fertigstellung höchst auf die Fertigstellung der Altordnung für Bleilstörer befaßte. Der Schlichtungsausschuss soll entscheiden, weil die Betriebsvertretung, gestützt auf § 8 des Reichstatuts für die chemische Industrie, die Fertigstellung der Altordnung für Bleilstörer ablehnte, da Bergungsgesetz durchdrängt sei.

In der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß betonte die Firma, daß sie bereits vor nahezu Jahresfrist ihren Antrag gestellt, auf eine Entschädigung jedoch nicht gebilligt habe, weil man das Geschehen des Werkblattes für Bleilstörer abweisen wollte. Nachdem dies erachtet ist, beantragt sie Fristsetzung zur Fertigstellung von Altordnung für Bleilstörer, weil sonst Werkblatt keine Gesundheitsgefahr vorliegt. Unsere Vertretung bestätigte die Abweisung des Antrages, da Bergungsgesetz bestiege, die durch die Möglichkeit der Einhaltung von Bleistörer in-

der überzähmten Staubform und c. Bleidampf (indirektes in Nr. 90 des "Proletariers") gegeben ist. Der Schließungsausschuss gab den Parteien anhören, ihre Ansichten in Schriftstücken niedergelegen, damit er diese an den Zentralarbeitsausschuss der Gewerkschaften Industrie zur Nachprüfung und Entscheidung senden kann.

Die Schriftsätze sind eingereicht. Unsere juristische Beurteilung der Abrechnung des gestellten Antrages behandelt nochmals die Bleidampfgefahr (Bleidampf) in den Arbeitsstätten, ebenso die Vergiftungsmöglichkeiten durch Bleidampf. Der Schriftsatz der Firma geht nur auf einen Teil unserer Einwände ein, nämlich auf die Bildung von Bleidämpfen, zu deren Erforschung die Firma besondere Versuche unternommen hat.

Um das Forschen nach Wahrschau und Sicherheit der Bleidampfvergiftungsmöglichkeiten zu fördern, lassen wir die Beschreibung dieser Versuche wörtlich folgen:

"In einer Werkstatt für homogene Verbleiung vorgenommene Messung der Temperaturen, wie sie bei den Bleibearbeitungen in den Fabrikwerken auftreten, zeigten, daß diese Temperaturen selten 450 Grad erreichen."

Beispielweise wurden folgende Feststellungen gemacht:  
Art der Messung Temperatur

1. Vergütung bld. Verflüssigung des Bleies mit der Stichlampe im Schmelzofen bis zu seiner Verwendungsmöglichkeit . . . . . 380 Grad

2. Versuche wie vorstehend bis zu einem Grad der Verflüssigung, in welchem das Blei als Lötmaterial nicht mehr verwendet werden kann (zu dünnflüssig) . . . . . 414/440

3. Homogen-Verbleiung eines Rondeus 370

Hierach erfolgte ein Laboratoriumsversuch zur Feststellung von Bleidampf in der Luft von höherer Temperatur.

In einem elektrischen Schmelzofen, der genau auf eine beliebige höhere Temperatur eingestellt werden konnte, befand sich ein kleiner Körnchen aus jüngerem jahresjahrigen Glas. Dieses Glas war unten zugeschmolzen und in seinem unteren Teil mit Blei gefüllt. Durch ein seitliches Ausgußloch konnte in das Blei Luft eingeschlossen werden. Die Luftmenge wurde durch eine vergeschlossene Gaszuleitung gemessen. Würde nun die Temperatur des Ofens über den Schmelzpunkt des Bleies (325 Grad Celsius) gehoben, so perlte die Luft durch das Blei hindurch und hätte sich mit Bleidampf fülligen müssen in einer Menge, die der angegebenen Temperatur entsprach. Das Ende des Glasrohres war ungeschlossen und wurde in ein Absorptionsgefäß verdeckter Salpeterküre eingeklebt. Eine mit der Luft mitgeführte Dampfmenge in dieser Salpeterküre aufgefangen. Zur Sicherung d' hinter dieses Gefäß noch ein weiteres, ebenfalls mit Salpeterküre gefülltes Gefäß und hinter dieses noch eine Röhre, die eine Lösung von Schwefelsäure enthält. Beobachtung ist Schwefelsäure ein sehr empfindliches Reagens am Blei, in dem jede geringe Stärke von Schwefelsäure entsteht aber bei kleinen Mengen zum mindesten eine Brannförderung der Röhrung erzielt. Dies letztere Gefäß diente nur zur Kontrolle, ob auch tatsächlich alles mitgeführte Blei in der Salpeterküre verflüssigt wurde. Der Ofen wurde zunächst auf eine Temperatur von 500 Grad Celsius eingestellt, später wurde in langsamem Schritte Luft durch das Glasrohr mit der Bleidampf konzentration erhöht. Im ganzen dauerten mehrere bis drei Stunden 300 Liter Luft hindurch. Die Schwefelsäurelösung zeigte während der ganzen Zeit eine Spur einer Brannförderung. Nach Beendigung des Versuches wurde die Salpeterküre aus der heißen Absorptionsküre auf einen neutralen Platz aufgestellt unterhalb. Auf das Zuleitungsrohr des Ofens zu den Geleichen wurde natürlich mit Salpeterküre ausgeklebt und nach kurzem Abkühlen wieder abgeschnitten. Überdauert wurde dann die Salpeterküre nach Reinigung der Röhre (durch Waschen mit Wasser und Reinigung der Röhre) sowie der Rückkehr des Bleis in den Schmelzofen.

Durch weitere praktische Feststellungen und das eingehenderen Untersuchungsergebnis gleicher Art erkannt den Betrieb erlaubt zu haben, daß die Bleibearbeitungen in dem Werk nicht gefährlich sind.

Zu untersuchenden Schriften haben mit dem Schließungsausschuss besprochen, daß die durch bedenkliche Arbeit ganz bestimmt, dass es ein erheblicher Schaden über die Entwicklung der Bleibearbeitungen entsteht habe, daß es besser ist diese Schriften nicht mit der Bleibearbeitung, welche durch Bleibearbeitung verursacht wird, sondern unter einer anderen Form, der Beruf der Jungen einzugeben, einer Tropfensatz, bei der die praktische Arbeit nicht berücksichtigt. Dass es ist gut nicht genug bemängelt, daß der Bleibearbeiter eine schwere Form des Bleibearbeitung und Sommers, arbeitet, welche nach Bergarbeiter-Schädigung für Kinder im ersten Trichter über 2000 Grad führt, während eine Erholung weit über den Schmelzpunkt des Bleies erforderlich ist. Außerdem ist auch bei dem Beruf nicht bemängelt, daß es doch noch eine bedeutende Unterschiede ist, ob man durch geschwitztes Blei oder Blei mit der Schweißmaschine bearbeitet und je zur Verarbeitung kommt.

Die Befürchtungen des Schließungsausschusses, zu denen wir auf die Parteien der Gewerkschaften und Gewerkschaften hingewiesen haben, werden bestätigt, die nur allen Gewerkschaften Sicherheit und Sicherheit bringen, ob der Betrieb den Gewerken einer Überprüfung unterliegt ist.

### S. Sammelartikel

#### Kritik der Stein-Unternehmungen

Die Z.G. für chemische Fabrikate in München (Nr. 2 Gesamtgehalt mit 115.529 Mark für das Jahr 1920) erzielte einen Gewinn von 6 Prozent auf die Steine, 6 Prozent auf die Rohstoffe und weitere 6 Prozent auf die Gewerbeabgaben. Die Gewerbeabgaben um 21 Prozent gegenüber dem Vorigen, und die Gewerbeabgaben um 2 Millionen auf 4 Millionen Mark bzw. 100.000 Mark, was 1.8 Millionen Gewerbeabgaben kostet. Bezugspunkt für 550.000 Mark Gewerbeabgaben ist der Gewinn von 2 zu 1 zu 100 Prozent. Bezugspunkt für 550.000 Mark Gewerbeabgaben ist der Gewinn von 2 zu 1 zu 100 Prozent. Bezugspunkt für 550.000 Mark Gewerbeabgaben ist der Gewinn von 2 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für Zementfabrikat Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent erzielt.

Die Z.G. für chemische Fabrikate in Berlin (Nr. 1 Gesamtgehalt mit 115.529 Mark für das Jahr 1920) erzielte einen Gewinn von 6 Prozent auf die Steine, 6 Prozent auf die Rohstoffe und weitere 6 Prozent auf die Gewerbeabgaben. Die Gewerbeabgaben um 21 Prozent gegenüber dem Vorigen, und die Gewerbeabgaben um 2 Millionen auf 4 Millionen Mark bzw. 100.000 Mark, was 1.8 Millionen Gewerbeabgaben kostet. Bezugspunkt für 550.000 Mark Gewerbeabgaben ist der Gewinn von 2 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbetrag von 1 zu 1 zu 100 Prozent.

Die Z.G. für chemische Fabrikate Stein u. Möller. Die Gewerbeabgaben belaufen sich auf 12 Millionen Mark. Die jährlichen Kosten werden im Gesamtbet